

# Es kann nur schwarz-blau werden

## Die anderen Koalitionsvarianten haben keine Chance

Von Dieter Grillmayer

---

Ich schicke voraus, dass für mich die ÖVP-Farbe nach wie vor schwarz ist und wohl auch bleiben wird. Dieses blasse Türkis war allenfalls ein „Gag“ zur einmaligen Verwendung, ist als Parteifarbe aber gänzlich ungeeignet.

Ich schicke weiter voraus: Es kann schon deswegen nur schwarz-blau werden, weil das Wahlprogramm des Sebastian Kurz über weite Strecken von der FPÖ abgekupfert war und daher beide siegreichen Parteien dem Wähler mit denselben Versprechungen im Wort sind. Übrigens: Der schöne Zugewinn der Freiheitlichen zählt schon deswegen viel mehr als dass die SPÖ wenigstens Platz Zwei halten konnte, weil diese den knappen Vorsprung nur dem Absturz der „Grünen“ verdankt, während die FPÖ den erwartbaren Verlust an die „Schwarzen“ (u. a. durch einen hervorragenden Wahlkampf) weit mehr als nur kompensiert hat.

Eine rot-blaue Koalition wäre schon inhaltlich sehr schwer zu verhandeln und noch viele schwieriger zu exekutieren, aber ein ebenso großes Problem ist der Vertrauensverlust und der Image-Schaden, den beide Parteien beim Großteil ihrer Wählerschaft damit erleiden würden. Dazu kommt, dass sich die Freiheitlichen schon aus Selbstachtung von den „Roten“ keineswegs einen „Wertekatalog“ diktieren lassen können, wie diese glauben, als Grundvoraussetzung für Koalitionsverhandlungen fordern zu müssen. Und wenn die SPÖ um des Machterhaltes willen alle Bedenken über Bord wirft und zu für sie wirklich schmerzhaften Zugeständnissen bereit ist, dann steht ihr eine Spaltung ins Haus.

Eine Fortsetzung der bisherigen Koalition unter einem Bundeskanzler Kurz kann sich dieser nicht leisten, ohne die Mehrheit seiner Anhängerschaft schwer vor den Kopf zu stoßen. Weiters lassen sich die Auffassungsunterschiede, an denen die alte Regierung zerbrochen ist, nicht wegdiskutieren, auch nicht unter einem neuen Diskussionsleiter. Ein weiteres Hindernis für die Neuauflage der rot-schwarzen bzw. schwarz-roten Zusammenarbeit hat einen Namen: Es heißt Wolfgang Schüssel.

Der schwarze Alt-Bundeskanzler ist ein Ausnahmepolitiker, der Bruno Kreisky hinsichtlich Intelligenz, Bildung und Kunstsinnigkeit in nichts nachsteht, diesem wirtschaftspolitisch aber weit voraus war/ist. Beide waren/sind schwere Gegner der (ehemals) Großen Koalition; Schüssel wollte mit der FPÖ daher mindestens zwei Legislaturperioden lang regieren, hatte also nie die Absicht, diesen Partner zu schwächen. Das haben allein Haider und seine Anhänger getan, die der (klugerweise auf Schüssel hörenden) Regierungsfraktion in den Rücken gefallen sind und den FPÖ-Absturz zu 100 Prozent zu verantworten haben. (Die Freiheitlichen wären gut beraten, angesichts der bevorstehenden Regierungsverhandlungen vom Schüssel-Bashing abzulassen. Auch wurden sie im Jahr 2000 von diesem keineswegs „über den Tisch gezogen“.)

Neben der rational nachvollziehbaren Aversion Schüssels hinsichtlich einer Regierungszusammenarbeit mit der SPÖ hat ihm deren schmutziger Wahlkampf von 2006 das Kanzleramt gekostet, und das vergisst ein Politiker von diesem Kaliber nicht. Ich frage mich schon die ganze Zeit, warum angesichts des aktuellen „dirty campaigning“ das seinerzeitige ausgeblendet blieb, bei dem möglicherweise auch schon Tal Silberstein die Fäden gezogen hat, gilt dieser doch als Freund des damaligen Nutznießers Alfred Gusenbauer. In meinem Buch „Die Dritte Kraft mit neuem Schwung“ aus 2016 habe ich die äußerst unfaire SPÖ-Wahlkampagne von 2006 mit Schlagwörtern wie „Pensionsraub“, „Bildungsnotstand“ und „Teurofighter“ ausführlich beschrieben, insbesondere die dem Kanzler angedichtete „Pflege-Affäre“, eine Seifenblase, die leider erst ein paar Wochen nach der Wahl geplatzt ist.

Auch das Nicht-Funktionieren der sich elf Jahre lang dahinschleppenden SPÖ-ÖVP-Koalitionen wurzelt im Jahr 2006, weil die Volkspartei diese „Ehe“ immer nur widerwillig einging und stets auf den Absprung aus war. Nach zwei Fehlschlägen hat sie die Mehrheit jetzt zurückgewonnen. Man kann davon ausgehen, dass Schüssel und Spindelegger in Hintergrund die Fäden zogen und das auch weiterhin tun werden. Nicht zuletzt waren sie es, die das politische Talent Kurz „entdeckt“ und groß gemacht haben.

Was nun die von den Übelwollenden gegen eine schwarz-blaue Zusammenarbeit vorgebrachten zwei Hauptargumente betrifft ist folgendes klarzustellen: Die beiden Schüssel-Regierungen von 2000 bis 2006 waren keineswegs vorwiegend von Unfähigkeit und Korruption gekennzeichnet, sondern grosso modo wesentlich erfolgreicher als das, was danach gekommen ist. In meinem Buch „National und Liberal“ aus 2006 bin ich argumentativ sehr ausführlich darauf eingegangen. Die gegenteilige Meinungsmache der SPÖ, der „Grünen“ und der mit ihnen kollaborierenden Medien sollte/soll lediglich verhindern helfen, „dass so etwas je wieder passiert“.

Das zweite Hauptargument ist die sogenannte „EU-Feindlichkeit“ der Freiheitlichen. Die FPÖ wünscht sich – so wie die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung – weniger Brüsseler Zentralismus und weniger Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedsländer, insbesondere in deren Gesellschaftspolitik, wozu zweifellos auch der Ausländerzuzug und alle seine Folgen gehören. Umgekehrt dürfen wir uns von Brüssel größere Anstrengungen hinsichtlich des Schutzes der EU-Außengrenzen und weniger USA-Hörigkeit erwarten. Die Türkei gehört nicht zu Europa, Russland hingegen schon, und zwar nicht nur geografisch, sondern auch kulturell. Im Wesentlichen deckt sich das alles mit der EU-Linie des österreichischen Außenministers und künftigen Bundeskanzlers. Zum Beispiel zitierte „Die Presse“ am 5. Juli 2016 Kurz auf die Frage, ob die EU jene Mitgliedsländer, die keine Flüchtlinge aufnehmen, mit hohen Geldstrafen belegen soll: „Wenn wir die Europäische Union zerschlagen und zerstören wollen, dann ist das ein sinnvoller Weg.“

Gleichwohl werden die Freiheitlichen mit der „neuen“ Volkspartei hart verhandeln müssen, um die Weichen für eine fruchtbare Regierungszusammenarbeit von Anfang an richtig zu stellen. Der mehrmals als freiheitliches Hauptanliegen genannte Ausbau der Direkten Demokratie verlangt ein behutsames Vorgehen, um Schaden zu vermeiden. 500 Jahre Erfahrung wie die Schweiz haben wir bei diesem Thema nicht, aber ein paar Schritte in diese Richtung werden sich wohl setzen lassen.

Mir persönlich ist das Bildungsthema am wichtigsten. Hier wird es zwar schwer durchzusetzen, aber unbedingt notwendig sein, dass die ÖVP ein paar Reformen zurücknimmt, die sie allein aus Image-Gründen, um nicht als Verhinderer „zeitgemäßer“ (= zeitgeistiger) Neuerungen dazustehen, zusammen mit der SPÖ beschlossen hat. Das Konzept einer reinen „Wohlfühlschule“ hat rundum zu einem erheblichen Niveauverlust des einstmals vorbildlichen österreichischen Bildungssystems geführt und ist durch das Konzept einer – selbstverständlich humanen – „Leistungsschule“ abzulösen. Dazu gehört ein Ende der Schulversuche zur „Gesamtschule“ zugunsten einer echten Qualitätssteigerung in beiden Komponenten des differenzierten Schulsystems. Zu fordern ist in diesem Zusammenhang, dass in der Neuen Mittelschule, ehemals Hauptschule, neben der inneren auch eine äußere Differenzierung Platz greift, ein mehrstufiges Aufnahmeverfahren für die Höheren Schulen, um den Zugang auf Schüler zu beschränken, die den höheren Anforderungen auch wirklich gewachsen sind, und eine grundlegende Reform des Schulunterrichtsgesetzes, um ein effizientes Unterrichten wieder zu ermöglichen.

Bei anderen im Raum stehenden Themen bin ich nicht so bewandert. Aber ein Rückbau des Kammerstaates und gewisse Deregulierungen als liberale Anliegen, mehr „Fairness“ im Abgaben- und Sozialsystem, eine Verwaltungsreform, ein Subventionsabbau und ganz allgemein ein sparsames Wirtschaften, um das Budgetdefizit und die Staatsverschuldung endlich in den Griff zu bekommen, erscheinen mir vordringlich.